

Landtag

19. Wahlperiode

30. Sitzung vom 25. März 2014

Sitzungsbericht

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzende: Erster Präsident Prof Harry Kopietz, Zweiter Präsident Johann Herzog und Dritte Präsidentin Marianne Klicka.

Schriftführerinnen bzw Schriftführer: Abg Michael Dadak, Abg Martin Flicker, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Dietrich Kops, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Ingrid Schubert, Abg Mag Gerhard Spitzer und Abg Barbara Teiber.

Präsident Prof Harry Kopietz eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind Abg Dipl-Ing Omar Al-Rawi, Abg Mag Ines Anger-Koch, Abg Armin Blind, Abg Mag Christoph Chorherr sowie Abg Dr Claudia Laschan.

2. Erster Präsident Prof Harry Kopietz begrüßt den Zweiten Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf sowie den Bundesrat Mag Reinhard Pisek, BA.

3. In der Fragestunde werden von Präsident Prof Harry Kopietz folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (FSP - 00865-2014/0001 - KSP/LM) Abg Mag Jürgen Czernohorszky an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal:

"Sehr geehrte Frau Stadträtin, im November 2013 haben Sie uns über die Besoldungsreform 'Arbeiten für Wien' informiert. Was ist in der Zwischenzeit geschehen und wie geht es weiter?"

2. Anfrage (FSP - 00869-2014/0001 - KU/LM) Abg Dr Wolfgang Aigner an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport:

"Die Verübung von Straftaten durch strafunmündige Minderjährige nimmt teilweise beängstigende Formen an. Es gibt jedoch abseits des Strafrechtes wenig gesetzliche Handhaben für die Behörden, auf diese Taten zu reagieren und die Gesellschaft vor dieser Form von Kriminalität zu schützen. Sie haben in einem Interview die Forderung in den Raum gestellt, im Bereich der Jugendwohlfahrt auch Zwangsmaßnahmen gegen unmündige Personen setzen zu können. Welche gesetzlichen Maßnahmen planen Sie diesbezüglich?"

3. Anfrage (FSP - 00867-2014/0001 - KVP/LM) Abg Dr Wolfgang Ulm an den Landeshauptmann:

"In einer Fragebeantwortung im September letzten Jahres bekundeten Sie Ihre Bereitschaft zur Reform des Interpellationsrechtes auf Wiener Landesebene. Sie sprachen wörtlich von einem 'systemischen Webfehler', wenn ausgegliederte Bereiche wie beispielsweise Unternehmen und Fonds der Stadt Wien nicht dem Anfragerecht der Mitglieder des Gemeinderates unterliegen. Eine Ausweitung des Anfragerechtes auf derartige Unternehmen und Einrichtungen ist auf Wiener Landesebene auch ohne entsprechende Befassung der Bundesebene möglich. In der Bundesverfassung gibt es überdies die Bestimmung des Art. 52 Abs. 2 B-VG, wonach das

Anfragerecht auch in Bezug auf Unternehmen im Mehrheits-eigentum des Bundes und andere anderweitig beherrschte Einrichtungen, welche der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, anwendbar sei. Befürworten Sie (als ersten Schritt) die Implementierung einer analogen Bestimmung auch in der Wiener Stadtverfassung?"

4. Anfrage (FSP - 00866-2014/0001 - KFP/LM) Abg Wolfgang Seidl an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales:

"In Wien beziehen Monat für Monat immer mehr Menschen Mindestsicherung. Die Kosten dafür sind in den letzten Jahren geradezu explodiert. Während in Niederösterreich 47% oder in Tirol 37% die Mindestsicherung sieben bis zwölf Monate beziehen, so liegt die Zahl in Wien bei über 70%. Wie viele Menschen beziehen aktuell (Stand 31. Dezember 2013) in Wien Mindestsicherung?"

5. Anfrage (FSP - 00868-2014/0001 - KVP/LM) Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung:

"Laut Aussagen Ihres Büros stehe die Einführung der Wiener Infrastrukturabgabe bald bevor: Die juristischen Vorarbeiten für diese Abgabe, die von Wohnungs-, Haus-, und Liegenschaftseigentümern eingehoben werden soll, seien inzwischen sehr weit fortgeschritten. Mit einer Einführung wird noch im Jahr 2014 gerechnet. Wohnen und Eigentum werden in Wien wieder teurer: Die neue Abgabe wird jene Wohnungs- und Hausbesitzer belasten, die sich etwas 'geschaffen' haben und wird das Wohnen in Wien wieder ein Stück kostspieliger machen. Wann ist nun ganz konkret mit der Einführung der Wiener Infrastrukturabgabe zu rechnen?"

4. (AST - 00827-2014/0002 - KSP/AL) In der Aktuellen Stunde findet auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates eine Aussprache über das Thema "Wohnbauförderung in Gefahr" statt.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Dr Kurt Stürzenbecher, Abg Norbert WALTER, MAS, Abg David Ellensohn, Abg Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein, Abg Dr Wolfgang Aigner, Abg Ing Mag Bernhard Dworak, Abg Birgit Hebein, Abg Mag Dr Barbara Kappel und Abg Prof Dr Elisabeth Vitouch.)

5. An schriftlichen Anfragen wurden eingebracht: Von Abgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien 1:

(PGL - 00947-2014/0001 - KVP/LF) Anfrage von Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger und Abg Dr Wolfgang Ulm an den Landeshauptmann betreffend Wahlrecht für Zweitwohnsitzer in Wien.

An schriftlichen Anträgen wurden eingebracht: Von Abgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien 3:

(PGL - 00948-2014/0001 - KVP/LAT) Der Antrag von Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger und Abg Dr Wolfgang Ulm betreffend Reform des Interpellationsrechtes in Wien wird dem Landeshauptmann zugewiesen.

(PGL - 00949-2014/0001 - KVP/LAT) Der Antrag von Abg Ing Isabella Leeb, Abg Norbert WALTER, MAS und Abg Mag Karin Holdhaus betreffend Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes 1966 - Flexibilisierung der Öffnungszeiten für Schanigärten wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(PGL - 00950-2014/0001 - KVP/LAT) Der Antrag von Abg Ing Isabella Leeb, Abg Mag Ines Anger-Koch und Abg Mag Barbara Feldmann betreffend Teilnahme an PISA wird

dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport zugewiesen.

Gemäß § 30 b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wurden folgende Gesetzesvorlagen eingebracht:

(LG - 00524-2014/0001/LAT) Abg Kurt Wagner, Abg Gabriele Mörk, Abg Christian Deutsch, Abg Marianne Klicka, Abg Mag Sonja Ramskogler, Abg Birgit Hebein und Abg Dr Jennifer Kickert haben am 20. Februar 2014 eine Gesetzesvorlage betreffend die Änderung des Gesetzes über Sozialbetreuungsberufe in Wien - Wiener Sozialbetreuungsberufegesetz - WSBBG, LGBl. für Wien Nr. 4/2008, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 29/2013 eingebracht, welche dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zugewiesen wurde.

(LG - 00635-2014/0001/LAT) Abg Mag Nicole Berger-Krotsch, Abg Silvia Rubik, Abg Safak Akcay, Abg Franz Ekkamp, Abg Christian Hursky, Abg Anica Matzka-Dojder, Abg Godwin Schuster, Abg Dr Kurt Stürzenbecher, Abg Dr Monika Vana und Abg David Ellensohn haben am 26. Februar 2014 eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien - VGWG, LGBl. für Wien Nr. 83/2012, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 45/2013, geändert wird eingebracht, welche dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal zugewiesen wurde.

(LG - 00636-2014/0001/LAT) Abg Mag Dietbert Kowarik, Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S., Abg Armin Blind und Abg Dr Wolfgang Aigner haben am 26. Februar 2014 eine Gesetzesvorlage betreffend Novellierung des Gesetzes über das Verwaltungsgericht Wien - VGWG eingebracht, welche dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal zugewiesen wurde.

6. Präsident Johann Herzog nimmt eine Umstellung der Tagesordnung insofern vor, als die Postnummern wie folgt gereiht werden:

Postnummern: 1, 7, 2, 3, 4, 5, 6 und 8.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra Frauenberger

7. (LG - 00635-2014/0001/LAT, P 1) Die in der Beilage Nr 8 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(PGL - 00957-2014/0001/LAT) Der Abänderungsantrag von Abg Mag Dietbert Kowarik und Abg Dr Wolfgang Aigner betreffend das Gesetz, mit dem das Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien geändert wird, wird abgelehnt.

(Rednerin bzw Redner: Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Dr Monika Vana, Abg Mag Dietbert Kowarik, Abg Dr Wolfgang Aigner und Abg Dr Kurt Stürzenbecher.)

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra Frauenberger

8. (LG - 00183-2014/0001, P 7) Die in der Beilage Nr 7 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (35. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (44. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (41. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995

(25. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz (3. Novelle zum Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz), das Wiener Personalvertretungsgesetz (19. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz) und das Wiener Sammlungsgesetz (4. Novelle zum Wiener Sammlungsgesetz) geändert werden (1. Dienstrechts-Novelle 2014), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: LhptmStin Mag Renate Brauner

9. (00173-2014/0001-MDLTG, P 2) Der in der Beilage Nr 3 enthaltene Abschluss einer Vereinbarung zwischen den Ländern gemäß Art 15a B-VG betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Besuch von landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen wird genehmigt.

Berichterstatter: Abg Kurt Wagner

10. (LG - 00524-2014/0001/LAT, P 3) Die in der Beilage Nr 6 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über Sozialbetreuungsberufe in Wien - Wiener Sozialbetreuungsberufegesetz - WSBBG geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: LhptmStin Mag Maria Vassilakou

11. (LG - 02537-2013/0001, P 4) Die in der Beilage Nr 5 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Fiaker- und Pferdewagenmietgesetz geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Ulli Sima

12. (LG - 00739-2013/0001, P 5) Die in der Beilage Nr 31/2013 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Fischereigesetz geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatter: Amtsf StR Dr Michael LUDWIG

13. (LG - 00799-2013/0001, P 6) Die in der Beilage Nr 2 enthaltene Vorlage des Gesetzes über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Wiener Bauproduktegesetz 2013 - WBPG 2013) wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Abg Kathrin Gaal

14. (00600-2014/0001-MDLTG, P 8) Der Anfrage der Staatsanwaltschaft Wien vom 13. Februar 2014, GZ 608 St 22/13s, gemäß Artikel 58 B-VG iVm § 130 Abs 4 WStV, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Herrn Vizepräsidenten des Bundesrates Mag Harald Himmer wegen des Verdachtes des Verbrechens der Untreue nach § 153 Abs 1 und 2, zweiter Fall, StGB wird stattgegeben.

(Schluss um 12.26 Uhr.)